
13268/AB XXIV. GP

Eingelangt am 08.03.2013

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

BM für Unterricht, Kunst und Kultur

Anfragebeantwortung

Bundesministerium für
Unterricht, Kunst und Kultur



Frau
Präsidentin des Nationalrates
Mag. Barbara Prammer
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: BMUKK-10.000/0004-III/4a/2013

Wien, 1. März 2013

Die schriftliche parlamentarische Anfrage Nr. 13508/J-NR/2013 betreffend Information für Kinder und Jugendliche zu ihren Rechten, die die Abg. Tanja Windbüchler-Souschill, Kolleginnen und Kollegen am 9. Jänner 2013 an mich richteten, wird wie folgt beantwortet:

Zu Fragen 1 und 4:

Politische Bildung und Menschenrechtsbildung, die ua. die Kinderrechte umfasst, sind in den Lehrplänen der Primär- und Sekundarstufe verankert: das Unterrichtsprinzip Politische Bildung gilt für alle Schultypen und Schulstufen, Inhalte und Methodik (demokratie)politischer und menschenrechtlicher Bildung sind im Grundsatz erlass Politische Bildung, in den Allgemeinen Bildungszielen und im Lehrplan für Geschichte und Sozialkunde/Politische Bildung (explizit auf der 7. Schulstufe) festgeschrieben. Die Kompetenzorientierung zielt darauf, nicht nur über Menschen- und Grundrechte zu lernen/lehren, sondern stellt sicher, dass auch die handlungsorientierte Dimension berücksichtigt wird. („Der Unterricht soll die Bereitschaft und Fähigkeit zu politischem Handeln fördern“.)

Zu Frage 2:

Aufgabe der Schule ist unter anderem die universelle Präventionsarbeit mit dem Ziel personale Schutzfaktoren (zB. Kommunikationsfähigkeiten, realistische Selbsteinschätzung, ausreichende Selbstachtung, positives Selbstwertgefühl, Vertrauen in die Selbstwirksamkeit) und soziale Schutzfaktoren (zB. Aufbau fester emotionaler Beziehungen zu Eltern und stabilisierender Freundschaftsbeziehungen, Stärkung eines förderlichen Klimas in der Schule) auszubauen und zu fördern. Dies stellt auch einen wichtigen Beitrag zur Prävention von Spiel- und Internetsucht bzw. einem Missbrauch des Internets dar.

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

Schulische Suchtprävention ist in den Lehrplänen (als Unterrichtsprinzip, Bildungsbereich Gesundheit und Bewegung und Bestandteil der Lehrplänen einzelner Unterrichtsgegenstände) verankert und umfasst stoffgebundene Süchte (legale und illegale Drogen) als auch Verhaltenssüchte (wie Spielsucht oder Esssucht).

Es gehört zu den zeitgemäßen Aufgaben innovativer Pädagogik, Schülerinnen und Schüler mit dem verantwortungsbewussten Einsatz moderner Medien, insbesondere Handy und PC, zunehmend auch ebooks und Tablets, vertraut zu machen und gleichzeitig auf entsprechende Gefahren hinzuweisen.

In diesem Zusammenhang wird etwa auf die Unterrichtsmaterialien „Suchtprävention in der Schule“ hingewiesen. Diese bieten unter anderem ausführliche Informationen über problematischen Medienkonsum und Prävention im Schulbereich (http://www.schulpsychologie.at/fileadmin/upload/psychologische_gesundheitsfoerderung/Sucht_praevention/suchtpraevention_ges_2012.pdf).

Das Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur ist seit Beginn ein wichtiger Kooperationspartner der EU-Initiative Saferinternet.at. Mit Unterstützung durch das Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur kann Saferinternet.at zahlreiche, stark nachgefragte Angebote für Schulen zur Verfügung stellen:

- Saferinternet.at bietet mit Hilfe eines Trainerinnen- und Trainer-Netzwerks österreichweit Workshops und Informationsveranstaltungen in Schulen vor allem für Schülerinnen und Schüler, Lehrende und Eltern, aber auch für Schulleitungen, Schulärztinnen und Schulärzte, Beratungslehrkräfte etc. an. Das Thema ist die sichere und verantwortungsvolle Nutzung von Internet, Handy & Co sowie die Förderung von Medienkompetenz.
- Insgesamt wurden seit 2005 rund 3.000 Veranstaltungen mit mehr als 90.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern durchgeführt. Davon waren rund 60% Schülerinnen und Schüler.
- Das Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur stellt Schulen über Saferinternet.at kostenlos etwa auch die Unterrichtsmaterial-Serie „Erst denken, dann klicken“ zur Verfügung. In der „Erst denken, dann klicken“-Reihe stehen zB. folgende Materialien zur Verfügung: Unterrichtsmaterial: Medien und Gewalt, Unterrichtsmaterial: Schutz der Privatsphäre im Internet, Unterrichtsmaterial: Aktiv gegen Cyber-Mobbing, Unterrichtsmaterial: Safer Internet in der Volksschule, Unterrichtsmaterial: Das Handy in der Schule, Unterrichtspaket: Das Handy sicher und verantwortungsvoll nutzen.
- Seit Beginn der Initiative wurden von Saferinternet.at insgesamt 795.000 gedruckte Informationsmaterialien kostenlos verschickt, davon rund 55.000 Unterrichtsmaterialien an Lehrende. Sämtliche Materialien sind für nicht-kommerzielle Zwecke frei verwendbar („Creative Commons“) und stehen auf dem Saferinternet.at-Portal <http://www.saferinternet.at> zum kostenlosen Download zur Verfügung.

Das Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur unterstützt unter anderem auch das Projekt „Elternberatung zur Schulung von MultiplikatorInnen im Rahmen der Schulpartnerschaft“. Im Rahmen dieses Projektes finden in ganz Österreich regelmäßige Informationsveranstaltungen für Eltern zu aktuellen Themen statt. Die möglichst sichere Nutzung neuer Medien und die richtige Begleitung von Kindern und Jugendlichen im Umgang damit werden dabei unter Beiziehung von Expertinnen und Experten erörtert.

Die Vermittlung digitaler Kompetenzen und einer kritisch reflektierten Mediennutzungskompetenz ist eine zentrale Zielsetzung von „efit21“, der IKT-Strategie des Bundesministeriums für Unterricht, Kunst und Kultur. Die Vermittlung digitaler Kompetenzen findet im Rahmen von e-Learning-Aktivitäten auf allen Ebenen des Bildungswesens statt. Der kritisch reflektierte Internet- und Mediengebrauch ist integrativer Bestand der verschiedenen IKT-Initiativen im Bereich des E-Learning- und des E-Content-Einsatzes.

Anlässlich des europäischen Safer Internet Days setzt das Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur gemeinsam mit der Koordinationsstelle Saferinternet.at (<http://www.saferinternet.at>) seit drei Jahren ein Schulaktionsprogramm zur reflektierten und kompetenten Internetnutzung um: Alle Schulen sind eingeladen, sich auf Basis von umfangreichen Lernmaterialien und digitalen Lerneinheiten mit der sichereren Nutzung des Internets und sozialer IT-Netze auseinanderzusetzen. Ausgewählte Schul-Projekte aus den vergangenen Jahren wurden als Best-Practice zusammengestellt, über die Website des Bundesministeriums für Unterricht, Kunst und Kultur und von Saferinternet.at publiziert und können von den Schulen für eigene Initiativen und die Auseinandersetzung mit dem Thema im Unterricht herangezogen werden.

Zu Fragen 3 und 5:

Zum Thema Politische Bildung und Menschenrechtsbildung (unter besonderer Berücksichtigung der Kinderrechte) besteht ein umfangreiches Lehr- und Lernangebot des Bundesministeriums für Unterricht, Kunst und Kultur, das von der im Auftrag des Ressorts arbeitenden Serviceeinrichtung Zentrum *polis* – Politik Lernen in der Schule umgesetzt wird. Dazu gehört:

- Beratung von Lehrkräften sowie anderen Multiplikatorinnen und Multiplikatoren bei der Planung und Durchführung von Unterrichtseinheiten und Projekten.
- Erstellung und Bereitstellung relevanter Publikationen (*polis* aktuell, erprobte Handreichungen des Europarates wie *Composito* etc.) und Webangebote. Alle in der Anfrage genannten Themenfelder (Kinderrechte, Wahlen, Demokratie usw.) sind beispielsweise in umfangreichen Dossiers (<http://www.schule.at/portale/politische-bildung/themen.html>) und in der Praxisbörse des Zentrum *polis* – Politik Lernen in der Schule (www.politiklernen.at/site/praxisboerse) für die schulische Bildungsarbeit bearbeitet.
- Durchführung einschlägiger Initiativen, Wettbewerbe etc.; im Rahmen der Aktionstage Politische Bildung 2013 (<http://www.aktionstage.politische-bildung.at>) etwa wird mit dem Schwerpunktthema „beteiligen und mitgestalten“ – wie bereits in früheren Jahren – ein zentraler Aspekt der Kinderrechte aufgegriffen.

Weiters wird darauf hingewiesen, dass Information über Schülervertretung und Partizipation in der Schule Teil des Aufgabenbereichs der Bundesschülervertretung ist. In Fortbildungsveranstaltungen für Schülervertreterinnen und -vertreter wird versucht, Wissen darüber an die Schulstandorte und in die Klassen zu bringen. Das Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur unterstützt die Bundesschülervertretung bei der Erfüllung ihres gesetzlichen Auftrages entsprechend Schülervertretungengesetz budgetär und mit Informationsveranstaltungen.

Die Bundesministerin:

Dr. Claudia Schmied eh.